

Wo rechts und links ist

Die zukünftige Wirtschaftspolitik der Regierung Hollande

Oliver Fohrmann*



„*Le changement, c'est maintenant*“ – der Wandel kommt *jetzt*. Mit diesem Motto ist François Hollande siegreich in den Wahlkampf gezogen und heute hat er als Präsident mit einer komfortablen parlamentarischen Mehrheit ein Höchstmaß an politischer Macht, um tatsächlich einen Wandel zu vollziehen. Aber was soll das für ein Wandel sein? Und was plant Hollande speziell in der Wirtschaftspolitik?

Politique économique

L'auteur de cette analyse revient sur les principaux modèles qui régissent la politique économique. Le nouveau président français préconise des augmentations d'impôts pour les salaires élevés, il veut renforcer les droits des salariés et lutter contre le chômage des jeunes. Et il veut sauvegarder la souveraineté de la République face aux marchés.

Réd.

Um hier eine Einordnung vornehmen zu können, sei zunächst an die zwei großen theoretischen Fundierungen erinnert, die sich in der Wirtschaftspolitik unvereinbar gegenüberstehen, an die zwei Grundmuster wirtschaftspolitischen Handelns. Das eine denkt die Volkswirtschaft von der Angebotsseite der Wirtschaft her, das andere von der Nachfrageseite.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik entstand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und beruht so maßgeblich auf den Ideen des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, dass sie meist schlicht als keynesianisch bezeichnet wird. Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre kam sie als *New Deal* in den USA erstmals umfassend zum Einsatz und

blieb bis in die 1970er-Jahre der wirtschaftspolitische Referenzpunkt der westlichen Welt. Im Kern besteht sie aus dem Gedanken, in Zeiten schlechter Konjunktur die Wirtschaft mit Staatsgeldern anzukurbeln, also Konsum und Produktion direkt anzuregen. Der Staat erhöht die Nachfrage nach Gütern und das Angebot passt sich an, indem die Unternehmen mehr produzieren und dafür auch mehr Arbeitsplätze schaffen. Das Geld dafür beschafft sich der Staat vor allem aus höherer Verschuldung und höheren Steuern. Solche Wirtschaftspolitik wird gemeinhin als links bezeichnet, vielleicht weil sie bei den breiten Bevölkerungsschichten ansetzt und diese direkt mit Geld versorgt.

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik hingegen setzt bei der Stärkung der Anbieter an, erleichtert den Unternehmen das Leben durch niedrige Steuern und Lohnnebenkosten oder ein unbürokratisches rechtliches Umfeld, das etwa Unternehmensgründungen vereinfacht oder auch geringen Kündigungsschutz beinhaltet. Das regt direkt zu Produktion an, so entstehen Arbeitsplätze und damit auch Einkommen, so dass auch die Nachfrage nach den produzierten Gütern steigt. Angebotsorientierte Politik wird eher von der politischen Rechten vertreten, vielleicht wegen der Ordnungs- und disziplinierenden Wirkung der den Marktgesetzen unterworfenen Arbeitswelt.

* Dr. rer. pol. Oliver Fohrmann ist DAAD-Fachlektor für Wirtschaftswissenschaften an der *Université de Cergy Pontoise* und am *Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC)*.

François Hollande neigt auf dieses grobe Schema bezogen als Linker der Nachfragepolitik zu. Er will höhere Steuern auf (zudem zu deckelnde) Spitzengehälter, Finanztransaktionen und Dividenden erheben und die von Sarkozy eingeführte Steuer- und Sozialabgabenbefreiung von Überstunden abschaffen (die in Frankreich wegen der 35-Stunden-Woche zahlreich sind). Außerdem sollen 60 000 zusätzliche Stellen im Bildungsbereich geschaffen werden und 150 000 „Zukunftsarbeitsplätze“ zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Hollande will die Rechte der Arbeitnehmer stärken, plant Maßnahmen zur „Karrieresicherung“ in Form eines höheren Kündigungsschutzes, und die Mittel für die französischen Arbeitsämter sollen aufgestockt werden.

Was hingegen angebotspolitische Maßnahmen angeht, war Hollande bisher, wohl auch aus wahltaktischen Gründen, wesentlich zurückhaltender. Wenn in Frankreich davon die Rede ist, wird meist ziemlich rasch der Blick auf Deutschland und die Agenda-2010-Reformen der Schröder-Regierung geworfen mit den Hartz-Gesetzen im Zentrum. Deren Grundidee besteht aber nicht darin, die Unternehmen durch staatliche Hilfen zu unterstützen. Vielmehr setzen die Reformen auf Eigendynamik einer selbstbestimmten unternehmerischen Wirtschaft, der der Staat eine möglichst große Freiheit lässt, um sich selbst zu entfalten. Deshalb kann man sie als neoliberal bezeichnen. Dazu gehört besonders die Deregulierung des Arbeitsmarktes, zum Beispiel durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Sozialpolitische Aspekte wie die Schaffung von Arbeitsplätzen sind dann nicht Folge staatlicher Fürsorge, sondern wirtschaftlicher Dynamik. Damit übernimmt die Wirtschaft aber auch eine gewisse gesellschaftliche Führungsrolle, denn primär von ihr und nicht vom Staat hängen nun soziale Fragen wie die Existenzsicherung der Bürger ab.

Die Republik und die Märkte

Gerade gegen diese Führungsrolle jedoch wendet sich Hollande explizit in seinem Wahlprogramm, wenn er die „*Souveränität der Republik gegenüber*

den Märkten“ in Gefahr sieht, wenn er „*Gerechtigkeit*“ als erstes Ziel angibt und eben nicht wirtschaftliche Effizienz, wenn er Krankenhäuser als „*öffentliche Versorgungseinrichtungen und nicht als Unternehmen*“ sieht, wenn er beklagt, dass „*die Finanzwelt die Kontrolle über die (Real-)Wirtschaft, die Gesellschaft und selbst unser Leben übernommen*“ hat. Die französische Tradition, die Gesellschaft von einem politisch starken Staat her zu denken, möchte er nicht antasten. Für François Hollande, den „*Firmenschreck*“ (*Süddeutsche Zeitung*), ist die Wirtschaft ein Instrument der Politik ohne eigenen gesellschaftlichen Führungsanspruch.

Hier aber liegt das Problem: Der Grundwiderspruch linker Wirtschaftspolitik wie der Hollandes ist, dass die Politik sich über Jahrzehnte gerade durch ihre Bemühungen, die Wirtschaft für politische und soziale Zwecke zu instrumentalisieren, gleichzeitig und ungewollt immer mehr von ihr abhängig gemacht hat – und zwar durch die ausufernde Staatsverschuldung insbesondere abhängig von den Finanzmärkten, auf denen der Staat Kredite aufnimmt. Diese aber bezeichnet Hollande als seine „*eigentlichen Gegner*“. Alle gesellschaftlichen Probleme zuerst mit Geld lösen zu wollen, stärkt natürlich zuallererst die Geldwirtschaft. Damit aber sägt man an dem Ast, auf dem man sitzt. Warum sollten die Finanzmärkte sich zähmen lassen, wenn sie wissen, dass sie die kredit-süchtigen Staaten quasi in der Hand haben wie einen Drogenabhängigen?

Eine Stärkung „*der Republik gegenüber den Märkten*“, vor allem den Finanzmärkten (in Frankreich trennt man stärker als in Deutschland den Finanzsektor, der immaterielle Güter produziert, von der „*echten Wirtschaft*“, die materielle Güter produziert), wie Hollande sie anstrebt, müsste also im Grunde genommen eine „*Gesund-schrumpfung*“, eine Beschränkung des Staates auf Kernbereiche bedeuten, auch durch Abgabe von Macht über Arbeitsplätze und damit soziale Fragen an die Wirtschaft, auch die Finanzwirtschaft. Denn der „*eigentliche Gegner*“ eines Drogenabhängigen – um im Bild zu bleiben – ist dieser selbst, nicht der Drogenhändler. Aber Entziehungskuren sind schwierig, auch wenn Hollande weiß, dass er eine machen muss: Er

plant, die jährliche Neuverschuldung 2013 auf 3 % und bis zum Ende seiner Amtszeit auf 0 % des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Die angestrebte Austrocknung von Steuernischen wird als Gegenfinanzierung nicht ausreichen. Es müssen auch Stellen in der öffentlichen Verwaltung und Sozialausgaben abgebaut werden.

Einige Zahlen

Nach einem Kassensturz des Rechnungshofes korrigierte Hollandes Regierung ihre Wachstumsprognose nach unten. Es wird nur noch mit einem Wachstum von 0,3 % im laufenden Jahr (statt 0,7 %) und von 1,2 % (statt 1,75 %) für 2013 gerechnet. Allein für 2012 prognostizieren die Haushaltsprüfer einen Fehlbetrag von bis zu zehn Milliarden Euro. Im kommenden Jahr könnten sogar 33 Milliarden Euro fehlen, wenn die Neuverschuldung des Landes wie geplant auf 3 % im Vergleich zur Wirtschaftsleistung gesenkt werden soll. Das Haushaltsdefizit 2012 soll bei 4,5 % des Bruttoinlandsproduktes liegen. Bis 2017 wird ein ausgeglichener Haushalt, zum ersten Mal seit 1974, angestrebt.

Red.

Neoliberale Reformen

Ein Wachstum der Wirtschaftsleistung, höhere wirtschaftliche Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit lassen sich ohne neue Schulden wegen der beschriebenen Abhängigkeit des Staates von der Wirtschaft nur durch stückweisen Verzicht auf staatliche Souveränität erreichen. Da Frankreich seine Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr wie früher durch Abwertung seiner Währung zum Beispiel gegenüber der Deutschen Mark erhöhen kann, müssen Abläufe in der Wirtschaft selbst effizienter werden, um vorhandene Leistungsfähigkeit besser ausschöpfen zu können. Hierfür braucht man angebotsorientierte Strukturreformen und ein gewisses Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte der Marktwirtschaft. Das aber ist anders als ein reiner Schulden- und Stellenabbau oder gezielte wachstumsfördernde Investitionen in innova-

tive Branchen, wie Hollande sie für kleine und mittlere Unternehmen plant, ein direkter Eingriff in die Identität der französischen Staatsgesellschaft, in der traditionell ein „strategischer Staat“ die Wirtschaft führt und nicht diese sich selbst. Daran haben auch die Rechten nie gerüttelt. Notfalls konnte sich Frankreich vor der Euro-Einführung neues Geld drucken und eine erhöhte Inflation dafür in Kauf nehmen. In Deutschland hingegen, das mehr als Frankreich eine Wirtschaftsgesellschaft mit zudem hoher Inflationsangst ist, tut man sich mit neoliberalen Reformen wie der Agenda 2010 leichter.

Die Abschaffung steuer- und schuldenfinanzierter Wachstums- und Verteilungspolitik ist schon deshalb nicht zu erwarten. Die finanziellen Spielräume dafür sind eng geworden, aber Hollande wird versuchen, sie weit auszuschöpfen. Das schließt höhere Steuern, höhere Schulden und lockere Geldpolitik der europäischen Zentralbank (EZB) mit höherer Inflation ebenso ein wie ein Profitieren von deutscher Kreditwürdigkeit durch mehr oder weniger begrenzte gemeinsame Anleihen, die Deutschland nicht dauerhaft verhindern können wird. Im Gegenzug wird Frankreich neben Sparmaßnahmen auch um angebotsorientierte Strukturreformen nicht ganz herumkommen. Spanien und Italien haben damit schon begonnen. Wahrscheinlich ist, dass Hollande diese Tatsache bisher vor allem aus Rücksicht auf linke Wähler nicht übermäßig in den Vordergrund gestellt hat. Aber um von einer gemeinsamen Währung und einem vereinten Europa profitieren zu können, muss eben jedes Land auch Opfer bringen.

Was im Detail eine größere oder kleinere Rolle spielen wird, kann heute noch niemand genau sagen. Absehbar ist nur, dass die Wirtschaftspolitik der Ära Hollande in den obigen Begriffen rechter werden dürfte, als er es gern hätte, und linker, als es Deutschland gerne hätte. Für einen Wandel zurück zu alter nationalstaatlicher Größe mit der Wirtschaft als politischem Instrument ist die Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft und die Rolle, die sie in der europäischen Integration spielt, zu groß geworden. Für einen Wandel hin zu einem vereinten Europa jedoch stehen noch viele Türen offen.